

Nach dem Krieg

Wir befinden uns im Krieg, sagte im März vergangenen Jahres, der glücklose französische Staatspräsident Emmanuel Macron fünfmal während seiner denkwürdigen Fernsehansprache an die Nation. Das einem französischen Präsidenten durchaus angemessene Pathos bezog sich natürlich auf die gerade eben heraufziehende Pandemie und Macron wollte damit sein Volk auf einen Krieg gegen den unsichtbaren Feind einstimmen und für Verständnis zugunsten damals vermeintlich vorübergehender Einschränkungen im täglichen Leben der Franzosen werben.

Über ein Jahr später ist der Kriegszustand in Frankreich ebenso wenig aufgehoben noch wurde der unsichtbare Feind, das Virus, unter Kontrolle gebracht, geschweige denn besiegt. Die Begrenzungen des bürgerlichen Lebens wurden und werden laufend verschärft und verlängert. *Le citoyen est le prisonnier des circonstances*. Hugo und Zola hätten ihre Freude daran.

Vielleicht lag Macron gar nicht so schief mit seiner martialischen Metapher (auch der Schreibende hat sich darob mokiert). Denn mittlerweile beziehen sich die Einschränkungen im täglichen Leben nicht nur auf Monsieur und Madame Dupont; sie haben sich auf dem ganzen Kontinent ausgebreitet. Frau und Herr Schmidt sind ebenso in ihrer Freiheit beschnitten wie Signora und Signore Toti oder Hubers und Meyers nebenan. Man ist sich weitherum einig, dass die Grundfreiheiten – jene der Bewegung, der Versammlung, der Meinung (denn es herrscht eine Art mediale Selbstzensur) – seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu keinem Zeitpunkt derart gravierend beschnitten wurden. Bald werden sogar Passierscheine verlangt, wenn man von einem Land in ein anderes reisen möchte oder es werden Durchgangskorridore eingerichtet, die nur benutzen darf, wer geimpft sein wird. Einzelne Fluggesellschaften transportieren bereits nur Geimpfte, andere öffentliche Verkehrsmittel werden dem Beispiel zweifellos folgen. Man wähnt sich nicht ganz zu unrecht in einer Welt, mit jener des ersten und letzten sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden vergleichbar.

Ein Krieg bedeutet furchtbare Verheerungen. Städte werden dem Erdboden gleichgemacht, Länder verwüstet und unbewohnbar. Den Vernichtungsphantasien der menschlichen Natur sind keine Grenzen gesetzt. Man findet sich in Trümmerlandschaften wieder, wo Beseitigung und Wiederaufbau Jahre dauern, von den Kriegsversehrten und deren Leiden und Entstellungen ganz zu schweigen. Nun befinden wir uns also erneut in einem Krieg, der scheinbar alle zu Opfern macht, aber niemand, der kein Mikroskop hat, sieht einen Feind. Es gab nicht einmal eine Kriegserklärung. Falls es nicht aufgrund der unerträglich gewordenen Entbehrungen zu sozialen und politischen Eruptionen kommt, werden die über die Jahrzehnte urbaner Tollerei architektonisch nach unten nivellierten Stadtbilder intakt bleiben und sich gleichen wie eh und je seit dem letzten Krieg; die Reste der von Lagerhäusern, Autobahnen und Bahntrassen umgepflügten Landschaften werden weiter blühen (und unter Schutz gestellt werden) und die Infrastrukturen und Steuerbehörden funktionieren, als sei nichts geschehen.

Die Kriegsoffer? Wir reden hier nicht von den Toten, die dem Wirken des unsichtbaren Feindes zugeschrieben werden. Die Rede ist von den Überlebenden und ihrer Existenz nach dem Krieg. Es sind ganze Völker auf allen Kontinenten, die zu den Opfern zählen, weil sie von den angeordneten Entbehrungen heimgesucht worden sind. Über Monate, über Jahre vielleicht. Statt Antworten gibt es aber nur neue Fragen.

Werden die seelischen Trümmerlandschaften je beseitigt und die psychisch Geschädigten je wieder ein würdiges Leben führen können?

Wie vertreiben wir die Angst, die uns seit Jahr und Tag eingebläut wird, aus unseren Köpfen? Die Angst, die sich in unbändige Wut verwandeln kann, weil Angst auf die Länge nicht auszuhalten ist. Die Angst, die uns in eine Fünf-vor-Zwölf-Stimmung versetzt hat und uns antreibt, möglichst vieles, möglichst rasch «noch» zu ... bevor ... Wehe, wenn die Pächter der Macht, uns plötzlich den Frieden erklären, pardon: den Ausgang in die Normalität.

Wie bauen wir die Mauern zwischen Freunden und Nachbarn wieder ab, die durch «Distanz und Hygiene» zu unüberwindlichen Hindernissen für einen würdevollen menschlichen Austausch errichtet worden sind? Was wird aus Kindern und Enkeln, denen das Spiel mit Masken zur lästigen Pflicht geronnen und denen das Mienenspiel mit ihren Betreuern und Lehrerinnen abhanden gekommen ist?

Wann wird der Händedruck, urmenschlicher Austausch von Vertrauen und Freundschaft, wieder zur zwischenmenschlichen Währung und löst das dämliche Fäusteln ab, das doch nur billige Etikette eines verkommenen Gangstaraps ist?

Wo sind die neuen Jobs anstelle der in den unzähligen Konkursen – nur schon in Europa und in der Schweiz – verlorenen Millionen Arbeitsplätze, die uns Verdienst und Sinn geben könnten? Und eine Perspektive über den nächsten Krieg hinaus? Werden die einen einpacken und verteilen, was die andern über das Internet bestellt haben, während die dritten die Schaufenster in Dörfern und Städten gerade für immer zumauern?

Und dieser Krieg ist nur eine Frage der Zeit. Der kurzen Zeit, denn es zeichnen sich neue Pandemien ab, weil die Voraussetzungen dafür immer günstiger werden: Verarmung, ja geradezu Vernichtung der biologischen Vielfalt, Schwächung der humanen Immunsysteme durch jeder Art künstlicher Substanzen in Lebensmitteln und im Wasser. Wollen uns Parlamente und Regierende, jene Handlanger der hinter Vergiftung und Vernichtung stehenden Monopole, deshalb auf einen Dauerkrieg einstimmen?

Die Schweiz hat dutzende Milliarden Franken für den obligatorischen Luftschutz buchstäblich verlocht. Das Baugewerbe hatte sich am Kalten Krieg und bis vor wenigen Jahren, als das Bunkerobligatorium gestrichen wurde, dumm und dämlich verdient, stets unter der Prämisse, dass *der Russe* ein paar Atombomben über uns auslösen werde (die Amerikaner kamen in den Szenarien gar nie vor, obwohl sie historisch belegt das einzige Land sind, das je einen Atomkrieg angezettelt hat, gegen ein bereits faktisch wehrloses Japan, aber unsere Freunde sind). Wie man weiss, sind die heute für Weinkeller, Hobbyräume, Saunen oder anderweitige Lustbarkeiten verwendeten Atombunker unter unseren Häusern sinnlos gewesen. Nicht, weil es keinen Atomkrieg hätte geben können – den kann es auch heute immer noch angesichts der machthabenden Wahnsinnigen geben – sondern, weil das Überleben eines Atomkrieges eine schwachsinnige Vorstellung ist, denn ein Überleben im Bunker hiesse bloss eine durch Siechtum und unendliches Leiden verlängerte Agonie. Wie uns Tschernobyl und Fukushima gelehrt haben. Ganz friedlich, ganz zum Wohle der Bevölkerung gedacht (die Propaganda der wiedererstarkenden Atomenergielobby). Aber die Bunkermentalität ist geblieben. In einem Land, in dem jeder Haushalt zwanzig Prozent seines Budgets für Versicherungen aller Art ausgibt, muss niemand kommen und von unbekanntem, womöglich unbeherrschbaren Gefahren reden. Und schon gar nicht behaupten, es gäbe keine Versicherungen dagegen. Nicht bei uns!

Nun hätte man es also in der Hand, einen nächsten Krieg ohne Waffen vorzubereiten. Ja, es wäre eigentlich die Pflicht der Pächter der Macht, die uns im Auftrag der Monopole verwalten. Aber in bewährter Manier spielt man Pseudo-Vorsorge – und kauft Masken (so wie früher Gasmasken). Das Land verharrt wie immer im geistigen Bunkerzustand. Weit und breit ist keine Strategie in Sicht, die zum einzig vernünftigen Ziel führte, geeignete, mobile und rasch einsetzbare Reserven für die Behandlung Verletzlicher aufzubauen. Reservistinnen und Reservisten, die auf Abruf «mobilisiert» werden könnten, um die zusätzlich geschaffenen Reserveinfrastrukturen in Heimen, Spitälern usw. zu bedienen. Nein, es deutet alles darauf hin, dass man sich auf den seit einem Jahr dauernden Krieg als neuen *modus vivendi* einzurichten gedenkt. Eingebunkert im Lockdown, ausgerüstet mit Masken, die ausserhalb von Heimen und Spitälern ohnehin nichts nützen, und der Gewissheit, dass wir versichert seien, wird im Zustand des Scheintodes abgewartet. Bis wann? Bis es das nächste Mal vorbei ist, bis zum übernächsten Angriff eines unsichtbaren Feindes. Und so weiter.

Die beschriebene Reservestrategie wird es jedoch alleine schon deshalb nicht geben, weil es dem völlig aus dem Ruder gelaufen neoliberalen Wirtschaftsgebaren und dem damit verbundenen

Staatsverständnis den Garaus machen müsste. Die Privatisierungsstrategie unseres Gesundheitssystems wie jene der Altenbetreuung – vom Rentensystem und von der Bodenspekulation wollen wir an dieser Stelle schweigen, erst recht vom Steuersystem– ist nämlich hochkant gescheitert. Schlimmer, die ideologisch neoliberal unterfütterten Plünderungen des Staatswesens sind offenkundig geworden, der Anspruch eines Gesundheitsschutzes für alle wurde zur hohlen Phrase, die man gerade noch in politischen Sonntagsliturgien unters gläubige (Partei)Volk zu bringen wagt. Man braucht ganz wenig Phantasie, um sich vorzustellen, was passieren würde, wenn unser über alles geliebter Gesundheitsführer nach der Impfung aller Impfwilligen die Beendigung des Krieges erklären und gleichzeitig seinen Plan zur Bewältigung neuer Kriege vorstellen würde: Beendigung der Privatisierungskomödie in den Spitälern, Stop der Subventionierung privater Heime, die keine Kriegs-Vorsorge betreiben, und die Umsetzung des Menschenrechtes auf Gesundheitsversorgung: «Jeder Mensch hat das Recht auf das höchste erreichbare Mass an körperlicher und geistiger Gesundheit.» (1966 als Pakt der Gesundheit von 166 Staaten unterzeichnet)

Damit sind wir endgültig in der Schweiz gelandet. Aus dem einfachen Grund, weil der Président de la république française gar nicht in der Lage wäre, Frieden zu «führen». Kriege zu führen ist einträglicher. Vor allem für seine ehemaligen Arbeitgeber. Macron zum Kronzeugen für einen Umbau der Gesundheitssysteme in Richtung Gesundheit für Alle anzurufen wäre lächerlicher als den sagenhaften Bock zum Gärtner zu machen. Das Gleiche gilt natürlich für alle anderen Pächter und Pächterinnen der Macht, die abtretende Mutti Merkel, eingeschlossen.

Der Krieg gegen das Virus würde ein politisch lohnendes Betätigungsfeld für die Linke eröffnen. Der Konjunktiv ist Programm. Nach einem Jahr Krieg wird für den letzten Maskenträger ersichtlich, dass er hinteres Licht geführt wurde. Das systemimmanente Versagen unserer Gesundheitssysteme ist mit Händen zu greifen. Und es gäbe genügend handfeste Gründe, um uns in einem fundamentalen Kraftakt auf die unvermeidlichen neuen Kriege einzustellen. Variante Covid 2.0. Also, nichts wie los, ihr Sozis. Leider gefehlt. In der Schweiz genauso wie anderswo. Da kommt nichts. Bestenfalls heiße Luft im Stil von «wir müssen endlich den Wert des Pflegepersonals schätzen lernen». Die eklatante Beisshemmung der Genossinnen und Genossen kommt allerdings nicht von ungefähr. Schliesslich waren es Tony und Gerd, die dem von Reagan und Thatcher vorgebeteten Neoliberalismus den freien Zugang zum Plünderungsgut Staat eröffneten. Und in der Schweiz hiess das damals, wenigstens dem Sinn nach *der Weg zum Sozialismus ist mit Pragmatismus gepflastert*, selbstredend als defensive Antwort auf den kolossal dämlichen Slogan *Mehr Freiheit weniger Staat* (der die ideologische Legitimation lieferte, um Post, Strom, Altersversorgung und Verkehr auszuweiden). Die Verlegerin und der Verleger der pragmatischen Pflastersteine sitzen heute im Bundesrat. Nichts mehr von «sous les pavés, la plage!». Dafür wird uns versichert: «man gewöhnt sich an alles». Da wären zumindest die Jungen gefordert. Doch da kommt auch nichts, denn nach dem mässig spektakulären Verbrennen von Damenunterwäsche nimmt man berechnet Einsitz im Parlament und verlegt ebenso Pflastersteine, wie alle jungen Sozis zuvor.

Heinrich Böll, einer, der es wissen muss, weil er jahrelang für die Sozis militierte, notierte auf seiner Reise durch Polen (1957): *Wie beängstigend ist doch eine gläubige Jugend. Die Staaten sollten Misstrauen säen an Stelle von Vertrauen. Fast nichts ist so widerwärtig wie die um Vertrauen werbenden Stimmen der Staatsmänner, denen man doch so deutlich anhört, dass sie nur um Gnade flehen. «Misstraut uns» sollte man über die Regierungsgebäude schreiben; vielleicht würde sich dann irgendwo echtes Vertrauen zeigen.*

Und die Grünen, zumindest in Deutschland eine Option auf den Machtwechsel nach dem Krieg? Fehlanzeige. Das vorausseilende Arrangement mit der Macht tötet jeden Aufmupf ab, auch in der Schweiz. Mit der im postbiedermeierlichen Haushalt – dem neuen, noch gnädig als öko-hedonistisch bezeichneten Elektorat - allenfalls noch für Echauffierung sorgenden Diskussion um die mit LGTP begonnene neue Alphabetisierung erfüllt man locker den Anspruch einer

revolutionären Gruppierung. Die Bauern, das heisst, jene, welche ihre Pächter mit Aus- und Einkommen beschäftigen, wird das mit Sicherheit nicht anfechten. Die diesbezüglichen Verhältnisse in der Schweiz sind nur graduell abweichend Hier gilt Stöck, Wys, Stich.

Nach dem Krieg? Ist vor dem Krieg. Nichts Neues im Westen.

Olten, im australen Herbst 2021/SF